

26.8.2017

Werner Grau
Bobenheim-Roxheim

zum Ludwigshafener Turmgespräch der EAiD, LV Pfalz-Saar, am 4.9.2017.

Bürger-Ethos-Nachhaltigkeit.

Die Veröffentlichung des Arbeitskreises Gerechtigkeit der EAiD zum Kirchentag 2013. Rückblick auf ein Referat im Turmgespräch des gleichen Jahres von einem Mitglied des Arbeitskreises Gerechtigkeit.

Gegenstand des Referats waren seinerzeit nicht nur die Thesen der Kirchentags-Broschüre des Arbeitskreises, sondern auch dessen vorangegangene Papiere, die teilweise auch in „Aspekte“ zu lesen waren. Manches fand sich darin schärfer herausgearbeitet als in der für ein großes Publikum auf dem Kirchentag geglätteten Diktion von „Bürger-Ethos-Nachhaltigkeit.“

Unsere Hauptfrage war: **Wie soll es weitergehen?** Mit unserer Arbeit, mit Steuern, Renten, der Armutsgefährdung, der Gerechtigkeit überhaupt? Wie soll es weitergehen mit unserer abnehmenden Bevölkerung, mit der Einwanderung? Wie soll es weitergehen mit Europa, wenn sein Zusammenhalt nicht mit jeder neuen Krise geschwächt werden soll?

Auch heute, vier Jahre später können wir noch zu den Aussagen dieses Arbeitskreises stehen, doch gibt es mehr als einen Anlass für eine weitere Zuspitzung unserer Fragen.

Denn in unserer Politik hat sich seither nur wenig in ihre Richtung bewegt. Nicht dass alles falsch gelaufen wäre. Aber der aktuelle Wahlkampf, zuletzt das sogenannte TV-Duell der Spitzenkandidaten, befasst sich fast nur mit aktuellen Problemen, oder mit Fehlervorwürfen. Das läuft, sieht man von den demagogischen und demokratiefeindlichen, oder auch abwegigen außenpolitischen Vorstellungen der Parteien vom rechten und linken Teil des Spektrums ab, auf ein „Weiter so“ hinaus, das den derzeit erfreulichen status quo unserer Wirtschaft erhalten soll. Von der Gestaltung unserer Zukunft, die weltweit von großen Übergängen geprägt sein wird, technologisch, demographisch, ökologisch, ist so gut wie nichts zu hören. Zeigt dies einen bedenklichen Mangel an Weitsicht? Ist es von Wahlkämpfen, in denen es um Koalitionen für die nächste Legislaturperiode geht, gar nicht anders zu erwarten? Doch welche Koalition sich nach der Wahl auch ergeben wird: Von ihr werden Weichenstellungen für eine Zukunft unseres Landes und Europas weit jenseits der nächsten Legislaturperioden gefordert.

Diese aber sind Gegenstand unserer Arbeit gewesen und *darum* ging es damals in unserer Veröffentlichung zum Kirchentag. Wir haben uns nicht an Visionen berauscht (so wenig wie das auch einem Wahlprogramm möglich ist), sondern haben durchweg die pragmatischen Anforderungen an die Politik bedacht. Aber was eine Partei an Maßnahmen verkündet, muss über Reparaturen und über Reaktionen auf unerwartete Entwicklungen hinaus, den Willen zeigen, sich auf die Zukunft einzulassen. Diese Zukunft wird neue Krisen bringen. Unser Land und die europäische Gemeinschaft, krisenfest zu machen, braucht mehr als die

Fortführung oder Wiedereinführung von Rezepten, die sich vor 50 Jahren mehr oder weniger bewährt haben.

So haben wir nach Leitlinien gesucht für eine zukunftsstaugliche Politik der Nachhaltigkeit in gleichlaufender Verantwortung der gewählten Politiker und der Zivilgesellschaft. Deshalb haben wir vom republikanischen Ethos gesprochen.

Zugrunde lag unser Verständnis vom Funktionieren einer Gesellschaft, die nicht den Maßstäben eines deregulierten Marktliberalismus unterworfen ist. Dabei ging es nicht um ein Panorama der Theorien des Neoliberalismus wie sie seit den 30er Jahren entstanden waren, darunter auch die einer sozialen Marktwirtschaft der Freiburger Schule. Aber wir haben dezidiert gegen die angelsächsische Ausformungen des „Neolib“ argumentiert, wie sie aus der österreichischen Schule und dann der Chicago School hervorgegangen sind, und lange Zeit auch bei uns an Boden gewonnen haben, mit den krisenhaften Folgen nach den Höhepunkten von Reaganomics und Thatcherism.

Der Arbeitskreis hat damit keineswegs das Ende eines Kapitalismus ausgerufen, der angeblich erst Mangel und Not auf der Welt erzeugt. Wir können es nicht einfach dem System anlasten, wenn wir den Wohlstand, der allen Menschen zustehen sollten, zum größten Teil für uns beanspruchen, oder wenn im eigenen Land das gemeinsam erwirtschaftete nach Maßstäben verteilt wird, die die einen reich macht, während andere arm bleiben. Mit Sicherheit haben elementarer Mangel und Not das Leben der meisten Menschen in der vorindustriellen Zeit beherrscht. Dazu hat es nicht erst den Kapitalismus gebraucht und auch nicht die Globalisierung.

Wir haben auch nicht einer „Gleichmacherei“, dem ewig-öden Vorwurf enragierter Neoliberaler, das Wort geredet. Es *gibt* sie, die Unterschiede durch Begabung und Leistung, aber auch durch Herkunft und glückliche Umstände. Manchen hilft ein robustes Gewissen verbunden mit starken Ellenbogen. Aber solche Unterschiede und ihre materiellen Folgen werden von einer Mehrheit durchaus als gegeben hingenommen, solange die entstehende soziale Ungleichheit nicht die Grenze zum vollends Anstößigen überschreitet.

Die gerne gebrauchte konservative Redefigur aber, wonach man nur verteilen kann, was man erwirtschaftet hat, setzt nach unserem Verständnis voraus, dass jeder von uns am Wirtschaftsprozess teilnehmen kann und soll, der dazu in der Lage und willens ist, und dass nicht beim Verteilen ein Hauptstück des Kuchens für selbsternannte „Leistungsträger“ reserviert wird, während alle anderen sich den Rest teilen dürfen

An dieser Stelle taucht beim Arbeitskreis Gerechtigkeit ein neuer Akzent mit dem Begriff **Sozialstaatliche Marktwirtschaft** auf. Wir setzen ihn bewusst an die Stelle der Sozialen Marktwirtschaft.

Gegen alle möglichen Einwände ist damit deutlich gesagt, dass wir eine funktionierende Marktwirtschaft brauchen, nicht aber das trügerische Credo vom „trickle down“-Effekt, das dauerhaften „Wohlstand für alle“ verheißt. Ist Geld je als Segen von oben „herab gerieselt“?

Der Markt alleine schafft keine gesellschaftliche Moral als Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wenn sich in einer wohlgeordneten, marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft Wohlstand bei günstigem weltwirtschaftlichem Umfeld fast zwangsläufig einstellt, dann wird diese doch erst durch den regulierenden politischen Willen gerecht.

Unsere Bürger sind in ihrer Mehrzahl als Lohnabhängige in einer funktionalisierten, arbeitsteiligen Gesellschaft zu verorten, die ihnen keineswegs alle Freiheit zu eigenverantwortlichem Handeln im eigenen Interesse lässt. Sie sind keine selbstständigen Agenten auf dem „Arbeitsmarkt“ (der diesen Namen wegen der ungleichen Verteilung der ihn bestimmenden Kräfte strenggenommen gar nicht verdient). Alle sind auf den, bei uns auch von Wirtschaftsliberalen nicht bestrittenen, staatlichen Ordnungsrahmen der Wirtschaft angewiesen.

Die wirtschaftspolitische Position des Arbeitskreises Gerechtigkeit lässt sich unter diesen Voraussetzungen zusammenfassen:

- Bejahung einer **kapitalistisch organisierten Marktwirtschaft**.
- Ablehnung eines staatskritischen **angelsächsischen Konkurrenz-Neoliberalismus**, der an der Spaltung der Gesellschaft scheitert.
- **Sozialstaatliche Marktwirtschaft** statt einer „*neuen sozialen Marktwirtschaft*“.
- **Sozialstaatliche Marktwirtschaft**, die im Spektrum des marktwirtschaftlich organisierten Kapitalismus die Grenze markiert, jenseits derer die Impulse von Solidarität und Subsidiarität zum Tragen kommen können. Eine Wirtschaftsform, die bei angemessenen Anrechten für alle Bürger auch auf den Nenner eines christlich geforderten Teilens im Sinn der Nächstenliebe gebracht werden kann.
- **Sozialstaat als gleichberechtigtes Gegenüber der Wirtschaft**. Verzicht auf Forderungen nach seinem Abbau aus wirtschaftlichen Gründen.
- **Sozialstaat als institutionalisierte Solidarität** und Voraussetzung für Freiheit und Gerechtigkeit, der Eigeninitiative und Subsidiarität dort unterstützt, wo Ausgleich nötig ist, weil der moralisch gleichgültige Markt Ungleichheit wachsen lässt.
- **Bürgergeld/Grundeinkommen** als konsequente Extrapolation dieser Position, für die erwartete Zukunft unsere Arbeitswelt im Zeichen einer zunehmenden Automatisierung. Stichwort „Industrie 4.0“.

Über appellhafte Formulierungen hinaus haben wir ein „**Bürgerethos der Nachhaltigkeit**“ mit politisch umsetzbaren Konturen entworfen, mit Vorgaben nicht nur zum Wohl unserer eigenen Gesellschaft, die in politischen Programmen Platz finden sollen. Voraussetzung sind die Grundwerte: Achtung vor dem Leben – Freiheit- Gerechtigkeit - Hilfsbereitschaft – Integrität.

Ein solches Bürgerethos wird, sozusagen auf der Rückseite der Menschen- und Bürgerrechte, auch Bürgerpflichten umfassen. Doch dürfen die primären und unveräußerlichen Rechte für alle nicht gegen Pflichten des Einzelnen aufgerechnet werden. Diese können nur seiner Selbstverpflichtung entspringen. Pflichten der Bürger leiten sich her aus einer Vorstellung

vom Gemeinwohl, und erwachsen über Recht und Gesetz hinaus aus der Achtung vor ethischen Normen. Ihre Nichtbeachtung darf vom Staat nicht außerhalb geltenden Rechts sanktioniert werden. Vielmehr muss eine Vorstellung von solchen Pflichten von einem jeden von uns durch Erziehung und Lernen in persönlicher Verantwortung erworben werden. Dies erfordert die fortwährende Beteiligung der Zivilgesellschaft an der offenen Diskussion im Rahmen der demokratischen Verfassung.

Sehen, was ist. – Sagen was sein soll.

Der Arbeitskreis hat sich über die Jahre von einer Analyse wirtschaftlicher Krisenerscheinungen unter der Überschrift „Sehen was ist“ zu einem positiven Entwurf für eine zukunftsfähige Politik unter der Überschrift „Sagen was sein soll“ durchgearbeitet.

Dafür haben wir die Gerechtigkeitsphilosophien von *John Rawls* und *Amartya Sen* zum Ausgang genommen. Ihnen zufolge muss eine Wirtschaftsform, die im Lauf ihrer Entwicklung dem Stärkeren Vorteile bietet, solche auch dem Schwächeren gewähren. So gesehen hat Freiheit Gerechtigkeit zur Voraussetzung. Ein bestimmter lebenswürdiger Einkommensstandard muss für alle Mitglieder der Gesellschaft unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit gewährleistet sein.

Von Adam Smith können wir lernen, dass ein wohlgeordneter Staat den klugen Menschen braucht, dem es nicht nur um materiellen Gewinn, sondern auch um Gesundheit, Distinktion und seinen Ruf bei den Mitbürgern geht. Der weiß, dass man sein Glück nicht kaufen kann, sondern dass man geliebt werden muss. Das erinnert an die antike Gleichsetzung der Klugheit mit der Tugendhaftigkeit und führt uns auf die traditionellen Regeln einer fordernden Ethik, aus der allein, jenseits staatlicher Verordnung, Bürgerpflichten hergeleitet werden können.

Bürgergeld/Grundeinkommen.

Es könnte irritieren, dass wir uns unter der Überschrift „Sagen, was sein soll“ auch sehr intensiv mit diesem umstrittenen Thema befasst haben. Obwohl es vor nicht langer Zeit die Diskussion beherrscht hat, ist es heute von der aktuellen Agenda wieder verschwunden. Bei genauer Betrachtung lässt sich indes behaupten, dass die Bedeutung eines Bürgergelds (dieses Wort ist im Hinblick auf unsere Betonung eines zivilgesellschaftlichen Bürgerethos vorzuziehen) für die Zukunft unserer Arbeitsgesellschaft nicht weniger wichtig sein wird, als die politisch initiierte Energiewende für den Klimawandel.

Trotzdem braucht es zunächst eine Antwort auf die immer wieder reflexartig gestellte Frage „Wer soll das bezahlen?“. Sie lautet ganz einfach: Wir alle müssen *solidarisch* bezahlen, wenn es denn mit rechten, republikanisch-ethischen Dingen zugeht. *Alle* soweit sie nämlich überhaupt dazu in der Lage sind, weil sie Arbeit mit auskömmlicher oder sogar sehr guter Entlohnung haben. Arbeit, die bei entsprechender Anstrengung auch sicher ist. Und *alle*, die sich nicht, sei es legal, mit den für sie geschaffenen Ausnahmen, oder mit listig aufgespürten Schlupflöchern, im Grund aber mit krimineller Energie, zur Maximierung ihres Vermögens davor drücken.

Andererseits sind dem Staat Grenzen gesetzt bei dem Versuch, seine Bürger politisch durch Besteuerung und Subventionierung zu lenken. Steuern sollen dem Staat die Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben ermöglichen. Abgaben aber fließen in irgendeiner Form an den Bürger als Versicherung gegen die Wechselfälle seines Lebens zurück. Sie immer wieder gemeinsam im Lamento von der „Steuer- und Abgabenlast“ als Hemmschuh der Wirtschaft zu nennen, widerspricht republikanischem Denken.

Klar sollte aber auch sein, dass der Staat die Mittel für ein Bürgergeld nicht einfach den sogenannten Reichen wegnehmen kann. Das Aufkommen aus einer konfiskatorischen Reichenbesteuerung wäre schnell verfrühstückt und unser Wirtschaftssystem wäre ruiniert.

Als das Bürgergeld bundesweit 2008 auch von allen Parteien diskutiert wurde, konnte die Aktivistin Susanne Wiest 50.000 Unterschriften für eine Petition an den Bundestag übergeben. Heute hat sie eine eigene Partei gegründet, um mit diesen Vorstellungen im Bundestagswahlkampf auf verlorenem Posten zu werben.

Damals gingen die Vorstellungen über Möglichkeiten und Ausgestaltung eines solchen Grundeinkommens weit auseinander. Der Arbeitskreis Gerechtigkeit hat sich sehr ausführlich um einen auch quantitativen Vergleich der einzelnen Projekte bemüht. Favorisiert wurde dabei das „Grüne Bürgergeld“, vorgestellt bereits 2007 auf dem Nürnberger Parteitag der Grünen: Ausgehend von der Einsicht, dass eine sofortige oder auch nur mittelfristige Einführung bei kontroverser politischer Debatte, und nicht zuletzt wegen der umfangreichen Änderungen im Steuer- und Sozialversicherungsrecht unmöglich ist, schlägt es ein modulares, lebensphasenorientiertes Grundeinkommen vor, ein Kinder-, Ausbildungs-, Studierenden-, Erwerbsphasen- und Altersgrundeinkommen. Solche Module könnten unabhängig voneinander in zeitlichem Abstand eingeführt, die Finanzierungen sicher geplant werden. Man könnte von einer machbaren Reform sprechen, visionär aber nicht utopisch. Ein solches Grundeinkommen wäre auf der Grundlage unseres Sozialstaats statt anhaltender Reparaturmaßnahmen einzuführen, ohne Bedürftigkeitsnachweis, jedoch mit bestimmten Gegenleistungen. Es würde weder den ganzen bisherigen Sozialstaat ablösen, noch eine progressive Einkommenssteuer überflüssig machen. Nach dem Menschenbild hinter diesen Gedanken werden die meisten von uns weiter für (mehr) Geld arbeiten und sich in der Gesellschaft engagieren wollen, statt auf der faulen Haut zu liegen. Arbeitsleistung soll weiter lohnend bleiben, aber die unübersichtliche Vielzahl von Sozialleistungen mitsamt dem Behördenschungel zurückgeschnitten werden.

Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe brauchen materielle Voraussetzungen, die nicht mehr garantiert sind, wenn Vollbeschäftigung bei auskömmlichem Einkommen zur Illusion wird, weil die Arbeit fehlt, zu der man die Menschen auffordern oder zwingen könnte. Der Anspruch der Bürger auf Teilhabe am Reichtum ist kein Appell mit Berufung auf das „christliche Menschenbild“, sondern eine Frage der politischen Willensbildung.

Ohne den Blick in die Zukunft kann es freilich scheinen als sei dieses damals für uns zentrale Projekt heute bloß noch ein abgenagter Knochen. Eine ganze Reihe Bürgergeldvorstellungen, die bisher vorgelegt wurden, wird nicht zu verwirklichen sein, keine einzige davon in naher

Zukunft. Wenn aber in der Folge weiterer Krisen unsere Träume vom immer wählenden Wachstum sich als unerfüllbar erweisen werden, dann werden wir uns schließlich auf diesen mühevollen Weg des Umbaus unserer Arbeitswelt und ihres Sozialsystems machen müssen. Und es bedarf keiner prophetischen Gaben, um im Zeichen von Automatisierung, Roboterisierung und digitaler Vernetzung, Stichwort Industrie 4.0, eine Entwicklung mit einem tiefgreifenden Wandel in der Organisation unserer Arbeit vorauszusehen, wenn diese nur noch für eine schwindende Zahl der Bürger verfügbar sein wird.

Dann aber muss die Bestreitung des Lebensunterhalts von der Erwerbsarbeit unabhängiger werden. Die Antriebe zum Gelderwerb über die in jedem Fall beschiedene Alimentierung durch ein Grundeinkommen hinaus, um auch das Streben nach Wohlstand und Distinktion zu befriedigen, werden dadurch nicht verschwinden.

Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung braucht Beteiligungschancen für alle Arbeitsfähigen und Leistungswilligen am Erwirtschaften des gesellschaftlichen Reichtums und sie verlangen nach dessen gerechten Verteilung. Das wird auf lange Sicht, auch wenn es heute vielen als unrealistisch erscheinen mag, nicht ohne *Sozialstaatliche* Marktwirtschaft unter Einschluss eines *Bürgergelds* erreichbar sein. Die heute angestrebten Grundsicherungen sind wichtige Schritte in diese Richtung. Letztlich aber wird nur das Bürgergeld das Scharnier für den Übergang in eine neue gesellschaftliche Ordnung der Arbeit bilden können, der den Umwälzungen der Produktionsbedingungen Rechnung trägt. Devisen wie „ohne Wachstum kein Wohlstand“ nach dem Motto „mehr von allem ist immer besser“ und das nackte BIP als Maßstab für unseren Wohlstand sind unterkomplex. Sie verweisen globale Probleme wie den Klimawandel und Migration in die zweite Reihe.

Der Arbeitskreis Gerechtigkeit hat mit seinen Diskussionen zum Bürgergeld einschließlich quantitativer Überlegungen einen soliden Beitrag geleistet, um das Thema aus dem Dunst utopischer Vorstellungen und pauschaler Unmöglichkeit-Behauptungen zu lösen, und damit zu seiner weiteren Diskussion als Einstieg in eine politische Weichenstellung beizutragen. Zu den Vorstellungen von einer Reichensteuer halten wir dagegen fest: Es ist ein Irrtum an die Bereitschaft der „Reichen“ zu glauben, durch das Bezahlen höherer Steuern zum sozialen Ausgleich beizutragen. Es ist aber auch ein Irrtum, dies durch eine Zwangsabgabe erreichen zu wollen. Immer noch ist der Reichtum zum großen Teil verbunden mit der Verfügung über Produktionsmittel, auf die wir nicht verzichten können, und deren Überführung in Gemeineigentum unternehmerische Kreativität lähmen würde. Strikteren Forderungen in dieser Richtung wollte sich der Arbeitskreis nicht anschließen. Eine Reichensteuer würde in allenfalls tragbarer Höhe nicht ausreichen, um die soziale Ungleichheit hinreichend zu verringern, oder sie würde, zu hoch angesetzt, nicht nachhaltig sein und mehr oder weniger schnell versiegen.

Im Übrigen geben Statistiken, oder auch die Berichte zu Armut und Reichtum nur unzureichend Auskunft über eine angemessene Definition beider Begriffe. Ihre Zahlen haben mit den üblichen Vorstellungen von Reichtum wenig zu tun. Nach der Statistik ist dieser bereits im oberen Mittelstand anzutreffen. Soll er als Quelle erhalten werden, darf er nicht grundsätzlich zum moralischen Vorwurf gemacht werden. Bestehen bleibt die Forderung, dass Reichtum, wie immer wir ihn definieren, nicht zu Lasten der weniger Leistungsfähigen erworben werden darf.

Wenn man den Grundsatz gelten lässt, dass die größere Steuer- und Abgabenlast von denen getragen werden soll, die unsere Gesellschaft zu größerem Einkommen und Vermögen gelangen lässt, müssen andere Quellen staatlicher Einnahmen erschlossen werden. Dies lenkt die Aufmerksamkeit auf bisher verdrängte, oder im politischen Streit versandete Themen wie der künftigen Abschöpfung einer „Automatisierungsdividende oder der längst geforderten Einführung eine Steuer auf Finanztransaktionen.

Deutschlands Verantwortung in Europa und der Welt.

Der Arbeitskreis ist nicht bei der Diskussion der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik für unser eigenes Land stehen geblieben. Diese ist Voraussetzung für eine Leistungsfähigkeit, um unsere eigenen wohlverstandenen Ansprüche zu befriedigen, aber darüber hinaus auch für unseren Beitrag zum Frieden in Europa und zur Entwicklung der auf unsere Hilfe angewiesenen Teilen der Welt. Nur im weltweiten Rahmen kann von einer nachhaltigen Mehrung unseres Wohlstands als Ziel unseres Wirtschaftens die Rede sein.

Wenn in diesem Zusammenhang auch von Suffizienz die Rede sein muss, dann nicht von einer Reduzierung unseres erreichten Wohlstandsniveaus, sondern von der Sicherung des Erreichten durch eine neue Lebensqualität, die nicht durch Gütervermehrung entsteht und dieser übergeordnet wird. Das bedeutet auch, dass wir die eigene Komfortzone nicht mehr ungebremst erweitern dürfen, wenn wir den bisher zu kurz gekommenen und arm Gebliebenen die Wohlstandsmehrung nicht verweigern wollen.

So gesehen, wird der Schlüssel für Zukunftsfähigkeit noch immer in der realwirtschaftlichen Praxis zu finden sein, diese muss künftig aber die Gemeinwohlpraxis in ihr unternehmerisches Denken integrieren. Dazu wird auch die Umsetzung der Vorstellungen zu einer Kreislaufwirtschaft gehören.

Nachhaltigkeit gehört auch zur politischen Agenda Europas. Unser Kontinent wird auch künftig keine krisenfreie Zone sein. In jeder neuen Krise werden sich die Feinde der Demokratie mit ihren neonationalistischen Bestrebungen zur Herausforderung der Einheit Europas ermutigt sehen. Europa muss deshalb vor allem ändern ein Friedensprojekt bleiben, mit seinen gegen kriegerische Gewalt sensibilisierten Gesellschaften. Dafür braucht es den Rahmen einer föderalen Verfassung mit regelgebundener Solidarität seiner Teilstaaten, die zugleich der wirtschaftlichen Prosperität dient. Nimmt dieses Europa seine Geschicke selbst in die Hand, gegen alle divergierenden kulturellen Tendenzen zu nationaler Eigenständigkeit, dann kann der Kontinent als Vorreiter und Ausrüster einer nachhaltigen Ökonomie auftreten und realistische Antworten auf die ökologischen Herausforderungen geben.

Um das zu erreichen, müssen die Bürgerschaften Europas unter einem Gesellschaftsvertrag zueinander finden, der den Volkssouverän als Garant demokratischer Verhältnisse wachsen lässt. Das Bürgerethos für eine Politik der Nachhaltigkeit wird dann für ganz Europa erkennbar sein, als Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit, sozialstaatlicher Marktwirtschaft, der föderativ republikanischen Gemeinschaft seiner Nationen, und der Effizienz und Suffizienz inmitten der weltweiten Übergänge.

Es geht um nicht weniger als ein dauerhaftes Wohlstandsmodell für eine Welt mit bald neun Milliarden Menschen, mit dem Leitbild Wertschöpfung statt Wertabschöpfung. Weder im angelsächsischen Wirtschaftsmodell noch im chinesischen Staatskapitalismus ist dieser Weg vorgezeichnet.

Deutschland hat politisch mit der Energiewende unter Ausschaltung der Megarisiko-Technik Kernenergie einen wichtigen Schritt auf dem richtigen Weg getan, für eine Industrie der Zukunft in einer Wirtschaft der Zukunft. Es muss diesen Weg im Zeichen einer sozialstaatlichen Marktwirtschaft unter Neuformierung seiner Arbeitswelt fortsetzen. Unser Beitrag für Europa und die Welt wird sich nicht nur an den eigenen Wünschen orientieren können. Er muss aber aus dem folgen, was wir als Bürger einer wohlgeordneten Gesellschaft für Europa und die Welt leisten.

Entwicklung in Zusammenarbeit.

Der „Westen“ als Ganzes, kann sich die ihm zugewachsenen Führungspositionen nicht aufgeben, er kann sie aber auch nicht mehr als imperiales Projekt verstehen, das seine Werte, Regeln und Normen allen Völkern der Erde aufzwingen will, ohne dass sie von den Repräsentanten der verschiedenen Kulturen anerkannt werden. Ziel einer auf Nachhaltigkeit gerichteten Weltpolitik ist die Vermeidung von Krieg und das gemeinsame Überleben der Menschheit. Gerechtigkeit und Fairness bilden den wichtigsten Beitrag zur Sicherung des Friedens. Sie erfordern Abkehr vom Freund-Feind-Denken und Teilhabe als Grundsatz für den Umgang mit Verschiedenheit. Teilhabe, bei der alle eine Stimme haben.

Mit dieser Teilhabe steht und fällt die Frage einer nachhaltigen Zusammenarbeit in der Entwicklung, bei der ASS - „Afrika südlich der Sahara“, heute das Epizentrum von Armut und zunehmendem Migrationsdruck, im Mittelpunkt steht. Dort hat der sogenannte Washington-Konsens von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, von Markt gegen Staat keine Zukunft mehr. Längst ist aber auch „Entwicklungshilfe“ als Versuch der Wiedergutmachung des Unrechts von Kolonialismus und Imperialismus gescheitert. Zunehmende Gleichverteilung von Wohlstand auf der Welt lässt sich so wenig durch Wohltätigkeit erreichen, gewissermaßen als Weltsozialhilfe, wie durch mehr oder weniger erzwungene Übertragung gesellschaftsfremder Verhaltensweisen und Strukturen auf Länder mit fehlender materieller Infrastruktur und ohne ein spezifisches Wirtschaftsethos.

Die fehlenden Voraussetzungen bleiben immer noch zu schaffen. Unsere Bemühungen müssen neue Wege gehen, auch wenn Katastrophenhilfe im genauen Sinn unverzichtbar bleibt und partnerschaftliche Bemühungen Gutes bewirken. Der sich andeutende Aufbruch in einigen afrikanischen Ländern wird kaum auf die bisherige Art von Entwicklungshilfe zurückgeführt, die auch von Afrikanern zunehmend abgelehnt wird. Auch heute noch werden die Ressourcen der „Entwicklungsländer“ von den Industriestaaten ausgebeutet.

Nehmen wir das Wort „Entwicklung“ ernst, und nichts anderes kann hinter der immer öfter zu hörenden Rede von der „Bekämpfung der Fluchtursachen“ stehen, werden wir staatlich geförderte und abgesicherte privatwirtschaftliche Investitionen in großem Umfang als Jahrhundertprojekt technischer Modernisierung für den afrikanischen Kontinent ins Werk

setzen müssen. Diese werden nicht ohne die Gewährung unternehmerischer Gewinnanreize für einen return on investment stimuliert werden können.

Bereits 2013 hat der Arbeitskreis Gerechtigkeit die Aufmerksamkeit auf „Chinas neue Rolle in Afrika“ gelenkt. Damals stand die neue Wirtschaftsmacht bereits im Aufstieg zum größten Wirtschaftspartner Afrikas und griff nach Bodenschätzen und Ländereien. Wir haben davor gewarnt, dies nur als Neuauflage kolonialistisch-hegemonialer Politik zu begreifen und darin nicht auch Umriss einer neuen, realistischen Form westlicher Entwicklungsförderung zu sehen, die sowohl kolonialistische Hegemonialansprüche gegenüber den Partnerländern als auch illusionistische Beglückungsvorstellungen aus dem Gefühl kultureller Überlegenheit heraus hinter sich lassen kann.

Es muss zu denken geben, dass die durchaus zu verzeichnenden technisch erfolgreichen Entwicklungsprojekte der Vergangenheit, deren Reihe heute von China fortgesetzt wird, eher auf einen wirtschafts-, wenn nicht machtimperialistischen Impuls, als auf den Willen zum selbstlosen Helfen zurückgehen. Solche Erfolge müssen heute auf der Anforderungsstufe der neuesten Technologien, unter Überspringen ihrer Vorläuferstufen wiederholt werden. Nur mit solchen avancierten Projekten (Beispiel ist die Einführung der Mobilfunks, der die Technik alternativer Energieerzeugung folgen muss) lassen sich auch die wissenschaftlich-technischen Fähigkeiten und die gesellschaftlichen Organisationsformen einer funktionalen, arbeitsteiligen Gesellschaft vermitteln und einüben, die die empfangenden Länder auf den Weg zu eigenem Handeln in der technischen Moderne inspirieren und schließlich implementieren können.

Wir müssen uns allerdings darüber im Klaren sein, dass die finanziellen und zeitlichen Dimensionen gerade von den demokratisch regierten Gesellschaften der Geberländer eine bisher nicht gekannte Ausdauer und Frustrationstoleranz erfordern werden genauso, wie eine solche noch nie erprobte Art des Zusammenwirkens von privatem Unternehmertum und staatlicher Lenkung auch auf Seiten der Nehmerländer gesellschaftspolitisch einen grundlegenden Wandel erfordern wird.